

Es gibt Bücher, die bringen Berufspädagogen zum Kochen. Gemeint sind die Generalabrechnungen von Nichtpädagoginnen mit der Schule. Der Allzeitphilosoph Richard David Precht zählt zu dieser Kategorie, nun ist die Reihe wieder am deutschen Kinderpsychiater Michael Winterhoff. Das bekannteste seiner mittlerweile neun Bücher, «Warum unsere Kinder Tyrannen werden oder: Die Abschaffung der Kindheit», ist 2009 erschienen und steht mittlerweile in der 19. Auflage. Und jetzt also: «Deutschland verdummt. Wie das Bildungssystem die Zukunft unserer Kinder verbaut» – wieder ein Bestseller.

Übermässig Mitleid mit den Profis braucht man nicht zu haben, aber ein wenig kann man ihren Frust verstehen, wenn sie bei Winterhoff zum x-ten Mal lesen müssen, dass alles den Bach hinuntergehe, Eltern, Kinder, Schule – und jetzt noch das ganze Land. Die «Zeit» nennt Winterhoff bereits den «Thilo Sarrazin der Erziehung» und seine Ideen eine «Pädagogik des Grauens», es wird seinen Verkaufserfolg nicht schmälern.

Die Grosstheorie des Kinderpsychiaters: Es wachse gerade eine ganze Generation verhaltensgestörter junger Menschen mit der geistigen Reife von Kleinkindern heran. Weil die Eltern nicht mehr Eltern sein wollten oder könnten und bei der Erziehung komplett versagten – «dieser Kampf ist so gut wie verloren» (Winterhoff) –, müsse es nun die Schule richten. Wenn sie nur könnte. Denn auch das Bildungswesen sieht der Autor seit zwanzig Jahren durch alle möglichen und unmöglichen Reformen ruiniert.

Auf jeder zweiten Seite ist von «Chaos», «Katastrophen» und «Wahnsinn» die Rede, und sollte sich das Bildungssystem nicht rasch und gründlich ändern, schreibt Winterhoff im Schlusskapitel, dann «wird das schleichende Gift der fehlenden psychischen Entwicklung unsere Gesellschaft unrettbar und binnen kurzer Zeit aushöhlen».

Karikaturhafte Kritik

Ziemlich schrille Thesen. Oft genug sind sie mehr anekdotisch behauptet als empirisch belegt, aber offensichtlich ritzen sie einen dicken Nerv. Ganz besonders verbeisst sich Winterhoff in die «Ideologie des offenen Unterrichts» und des «autonomen Lernens», bei dem die Lehrerin zur Lernbegleiterin degradiert werde und nicht mehr die Chef*in mit klaren Ansagen sei.

Tatsächlich gibt es viele gute Gründe, das Rollenverständnis eines passiven Lehrers, der sich den tagesaktuellen Launen seiner Klasse ergibt, für falsch zu halten; der Bildungsforscher John Hattie hat sie in seiner epochalen Studie über guten Unterricht genannt. Doch ist diese Kritik nicht eher eine Karikatur der Realität? Winterhoff tut so, als sei offener Unterricht in ganz Deutschland quasidiktatorisch

Verblöden unsere Schulen?

Das Bildungswesen gehe den Bach hinunter – das ist immer wieder zu hören. Zwei ganz unterschiedliche Autoren untersuchen die Trends der letzten Jahre und üben scharfe Kritik an den permanenten Reformen.
Von Martin Beglinger



Auch im Schulzimmer war früher nicht einfach alles besser. KARIN HOFFER / NZZ

verordnet worden und habe sich im Schulalltag als flächendeckende ideologische Unterwanderung durchgesetzt. Beides stimmt nicht, nicht für Deutschland und noch weniger für die Schweiz.

Winterhoff will «wieder auf Bindung und Beziehung» in der Schule setzen. Daran ist nichts gruselig, im Gegenteil, ohne Beziehung kann weder Erziehung noch Schule funktionieren. Doch warum «wieder»? Das klingt, als hätte «die» Schule seit eh und je auf Bindung und Beziehung gesetzt. Gute Lehrer taten das tatsächlich schon immer und ganz von sich aus, aber was ist mit den vielen, vielen andern? Winterhoff will offenbar zurück in die Zeiten vor 1990, als die Schule noch «einigermaßen gut» funktioniert habe, wie er behauptet. Doch damit verkürzt er nicht nur die alten Zeiten, sondern er verkennet auch, wie sehr sich die Umstände verändert haben.

Aufs Maximum reduzieren

Für alle, denen Winterhoffs Daueralarmismus auf die Nerven geht, gibt es eine Alternative. Sie stammt von Jürgen Kaube, der das Kunststück schafft, neben seinem Job als Mitherausgeber der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung» regelmässig interessante Bücher zu schreiben (zuletzt über «Die Anfänge von allem» oder eine Biografie von Max Weber). «Ist die Schule zu blöd für unsere Kinder?», fragt jetzt der zweifache Vater Kaube im Titel. Auch er schreibt kritisch, aber nicht im Weltuntergangsmodus wie Winterhoff.

«Lehrer und Schulen sollen dies und das Gegenteil, das Praktische und das Theoretische, Chancengleichheit und Pisa-Leistungen, Arbeitsmarkt und Abendland. Natürlich sollen sie dabei auch noch Einwanderer integrieren, allen ambitionierten Eltern gefallen, keine Rechtsverordnung verletzen, den Übergang in die digitale Welt unterstützen und die Handy-Welt bekämpfen», schreibt Kaube. Und folgert plausibel, dies alles könne nur in einer «verrückten Überforderung» enden.

Was also muss die Schule? Seine Antwort, kurz und knapp: Sie muss die Schüler lesen, schreiben, rechnen und selber denken lehren. «Reduce to the max», um es mit einem alten Werbespruch zu sagen. Das mag wenig sein und ist doch für erschreckend viele bereits zu viel verlangt, eingedenk der Tatsache, dass in Deutschland jedes fünfte Kind die deutsche Grundschule verlässt, ohne ausreichend lesen zu können.

Obschon die Tonalität der beiden Bücher sehr verschieden ist, so liegen ihre Positionen immer wieder nahe beisammen. Auch Kaube argumentiert eher konservativ, aber nicht deshalb, weil er früher alles besser fand, sondern weil er Änderungen nicht a priori besser findet, nur weil ihnen das Label «zeitgemäß», «progressiv» oder «modern» anhängt.

Beide Autoren kritisieren etwa die Pisa-Test-Gläubigkeit oder die einseitige Fokussierung auf die Bedürfnisse der Wirtschaft; sie schreiben gegen den Run auf die Gymnasien an und schonen jene Eltern nicht, die von der Schule die Produktion von karrieretauglichem Nachwuchs verlangen wie von ihrem Finanzberater eine gute Rendite.

Und nicht zuletzt treffen sie sich in ihrer scharfen Kritik an den schulischen Dauerreformen. Bei diesem Thema, so Kaube, «wären wir bei einem entscheidenden Faktor des Leidens an der Schule. Bei den Didaktikern, Lerntheoretikern, Methodenerfindern nämlich und ihren erziehungswissenschaftlichen Begleitforschern. Sie haben, unterstützt durch reformfreundige Bildungsbürokratien und eine mit Reformen ihre Geschäfte machende Weiterbildungs- und Lehrmittellindustrie, die Schule zu einem Experimentierfeld von angeblichen Modernisierungen gemacht. Diese erfolgen oft ohne jeden anderen Anlass als ihr eigenes Innovationsbedürfnis.»

Auch mit dem jüngsten Hype an den Schulen, der Digitalisierung, gehen sie hart ins Gericht. Kaube formuliert es so: «Ein wichtiges Lernziel an Schulen ist Resistenz gegen Phrasendrescherei. Man könnte beim Thema Digitalisierung damit anfangen.» Winterhoff fordert, die Schule müsse die Kinder vor dem «Digitalisierungswahn» bewahren und bis zur vierten Klasse eine «digitalfreie Zone» bleiben. So halten es bekanntlich bereits die Digitalkönige in Kalifornien, die ihre eigenen Kinder in Montessori-Schulen schicken.

In der Schweiz liegen wir womöglich noch etwas näher an Kaubes Idealschule, wohl auch deshalb, weil sich die föderalistisch organisierte Volksschule bisher als praxisnäher und ideologieresistenter erwiesen hat. Doch auch hierzulande ist die Pädagogik unterdessen ein akademisches Modebusiness geworden, das mit den internationalen Wellen schwimmt. Mit dem Lehrplan 21 hat sich die «Kompetenzphrasen-Industrie» (Kaube) auch in der Schweiz durchgesetzt, nun beginnt man darüber zu streiten, wie praxistauglich das alles wirklich ist und wie sich Kompetenzen überhaupt messen lassen. Ob die Schüler am Ende tatsächlich besser lesen, rechnen, schreiben und denken können – niemand weiss es, auch nicht die Bildungsforschung. Sicher ist nur: Die Sache wird richtig teuer. Und die nächste Modewelle kommt bestimmt.

Jürgen Kaube: Ist die Schule zu blöd für unsere Kinder? Verlag Rowohlt Berlin, Berlin 2019. 335 S., Fr. 31.90.

Michael Winterhoff: Deutschland verdummt. Wie das Bildungssystem die Zukunft unserer Kinder verbaut. Gütersloher Verlagshaus, Gütersloh 2019. 221 S., Fr. 31.90.

In der Schuldenfalle

Wenn die Verschuldung zur Bedrohung der Freiheit wird

Michael Ferber · Schulden sind per se weder gut noch schlecht. Ohne Kredite, also Schulden und entsprechende Guthaben, wäre die Entstehung der modernen Wohlstandsgesellschaften kaum möglich gewesen. «Auch die öffentliche Verschuldung zur Verteilung von Ausgaben über verschiedene Generationen, zum Beispiel beim Bau von Schulhäusern oder Spitälern, erscheint sinnvoll und ist unbestritten», schreibt Ivan Adamovich in dem von der Progress Foundation herausgegebenen Buch «Vom Kredit zur Schuld». Gefährlich wird es aber, wenn die Verschuldung überhandnimmt – und genau dies dürfte in den vergangenen Jahrzehnten passiert sein. Laut den Ökonomen Carmen Reinhart, Vincent Reinhart und Kenneth Rogoff war der Schuldenstand in den Industrieländern in den vergangenen 120 Jahren nie höher, auch nach dem Zweiten Weltkrieg nicht. Zusätzlich sind die Unternehmensschulden in vielen Ländern stark gestiegen. Eine Trendwende ist nicht in Sicht. Die hohen Schulden wirken sich zunehmend negativ auf das Wirtschaftswachstum aus, schaffen soziale und politische Spannungen und bedrohen die Freiheit.

Elf Beiträge namhafter Autoren beleuchten die hochaktuelle Thematik. Das Buch liefert überdies Vorschläge, wie dem Problem wachsender Schuldentürme beizukommen wäre. Dies geht wohl nur über eine Förderung der Finanzdisziplin. Zu den nützlich Instrumenten gehören etwa der Steuerwettbewerb zwischen Gebietskörperschaften und eine in der Verfassung verankerte Schuldenbremse. Christoph Schaltegger und Michele Salvi zeigen in ihrem Beitrag, dass die Schweizer Schuldenbremse nachweislich für den Schuldenrückgang hierzulande verantwortlich war; nach ihrer Einführung im Jahr 2003 wies die ordentliche Finanzierungsrechnung des Bundes in 11 von 15 Jahren einen Überschuss aus.

Ivan Adamovich, Christoph A. Schaltegger: Vom Kredit zur Schuld.
 Wenn Verschuldung die Freiheit bedroht. NZZ Libro, Basel 2019. 178 S., Fr. 38.–.

Nach dem Brexit noch dringender

Vernon Bogdanor liefert Bausteine für eine kodifizierte Verfassung Grossbritanniens

Jeremy Adler · Vernon Bogdanor ist einer der besten Kenner der britischen Verfassung. In einer Fülle von Büchern hat er geradezu eine Enzyklopädie der Konstitution geschaffen. Denn obwohl Alexis de Tocqueville in «Über die Demokratie in Amerika» witzelte, dass die britische Verfassung «gar nicht existiere», und viele meinen, sie sei nur ungeschrieben, hat Bogdanor klargestellt, inwiefern dieses auf Urkunden und Gesetzen, auf Sitten und Präzedenzen beruhende Arrangement gar nicht kodifiziert sei. Daher argumentiert er seit langem für eine Kodifizierung, zumal – wie neulich ein hoher Richter bemerkte – die bestehende Verfassung so kompliziert sei, dass keiner sich mehr in ihr auskennen könne.

Jetzt fokussiert Bogdanor in «Beyond Brexit» («Über den Brexit hinaus») sein Wissen darauf, die Bausteine für eine solche Verfassung zu liefern. Mit der European Communities Act (1972) übernahm Grossbritannien europäisches Recht. Dadurch aber verwandelte sich die Verfassung von einem traditionellen in ein juristisches System. Zu den Neuerungen zählte der Einbezug der

Menschenrechte; vorher unterstanden diese dem Parlament, jetzt wurden sie zur Sache des Gerichts und wurden erstmals in der Verfassung verankert. Das führte laut Bogdanor zu einem Paradox: «Die ganze Idee der Souveränität des Parlaments liegt darin, dass es keine Rechte gegen das Parlament geben kann. Es schafft die Rechte.» Mit dem Austritt aus der EU entfallen manche Rechte, die nur durch die EU-Grundrechtecharta geschützt sind, zum Beispiel das Recht auf Gleichheit vor dem Gesetz. Aus komplizierten Gründen werden auch die Regionen, an die man zunehmend die Macht verteilt hat, nur durch die Mitgliedschaft in der EU im Gleichgewicht gehalten.

Die eigentliche gefährliche Krise droht erst nach dem Brexit: Die Verfassung könnte zerfallen. Bogdanor schlägt dagegen drei vorbeugende Massnahmen vor: Festlegung der Regeln für ein Plebiszit, Sicherung der Menschenrechte und Festigung der Beziehung zu den Regionen. Besonders kritisch ist die Erkenntnis, dass der Staat beim Brexit von einer geschützten zu einer ungeschützten Verfassung übergehen wird.

Die normale Entwicklung ist umgekehrt. Bogdanor erhofft sich vom Brexit einen «Verfassungsaugenblick», wie etwa 1776 in Amerika. Boris Johnsons Versuch, das Parlament für fünf Wochen in die Zwangserfänge zu schicken und das folgende dramatische Urteil des Supreme Court haben die Stimmung vollkommen verändert. Auch der bisherige Speaker des Unterhauses, John Bercow, unterstützt jetzt die Kodifizierung. Ob die nötige Einigkeit unter den Parteien aufkommen wird, ist allerdings eine Frage, der man leider nur mit Skepsis begegnen kann. Als Wegweiser durch diese Aporien kann Bogdanors meisterhafte Analyse allen Lesern empfohlen werden, die sich für Grossbritanniens Zukunft interessieren.

BEYOND BREXIT
 Towards a British Constitution
VERNON BOGDANOR
Vernon Bogdanor: Beyond Brexit. Towards a British Constitution. I. B. Tauris, London 2019. 285 S., Fr. 38.90.